

# Dreieich-Z

Langen, Egelsbach, Erzhausen, M

Freitag, 25. September 2009

www.dreieich-zeitung.de

Vor den Bürgerentscheiden über den Verkauf der HFG-Anteile:

## Argumente-Schlacht der Opponenten

Egelsbach/Langen (DZ/hs) – Die Wahlberechtigten in den beiden Nachbarkommunen haben am Sonntag (27.) die Möglichkeit, gleich vier Kreuze zu machen. Zwei bei der Bundestags- (Erst- und Zweitstimme), eines bei der Landratswahl und das vierte beim Bürgerentscheid über einen etwaigen Verkauf der kommunalen Gesellschaftsanteile an der Hessischen Flugplatz GmbH (HFG). Während die Fluglärm-Gegner eine Veräußerung an den Mehrheitseigner „NetJets“ strikt ablehnen und deshalb bei den Bürgern dafür werben, die zur Abstimmung stehende Frage („Sind Sie gegen den Verkauf der GmbH-Anteile der Stadt Langen an der Hessischen Flugplatz GmbH?“) mit „Ja“ zu beantworten, haben sich nun auch die lange Zeit schweigenden Verkaufsverfechter in Person der beiden Bürgermeister zu Wort gemeldet. Und sowohl Langens Rathaus-Chef Frieder Gebhardt als auch sein Egelsbacher Amtskollege Rudi Moritz werben für ein „Nein“ beim Bürgerentscheid.

Ein Votum für den Verkauf der Anteile sei nämlich „mit keinerlei Nachteilen verbunden“, erklärt Gebhardt. Ganz im Gegenteil. Durch die Vollendung der HFG-Privatisierung – „Netjets“ ist ja bekanntlich durch den Kauf der Anteile des Kreises sowie der Stadtwerke Offenbach und Langen schon im Besitz von fast 80 Prozent – würde die Stadt Einnahmen in Höhe ihrer Gesellschaftsanteile an der HFG (354.000 Euro) erzielen. „Damit können wir weitere dringend benötigte Einrichtungen zur Kinderbetreuung schaffen, ohne zur Bank gehen zu müssen“, ist der Anteile-Verkauf daher für Gebhardt „der einzig richtige Weg“. Denn andernfalls würde das Geld für die Stadt nutzlos in der HFG verbleiben und keine Erträge abwerfen.

In diesem Zusammenhang weist der Verwaltungsboss zudem darauf hin, dass Langen, das 9,44 Prozent der Gesellschaftsanteile hält, selbst gemeinsam mit Egelsbach (11,02 Prozent) am Flugplatz keinen Einfluss mehr habe. „Eine Mitbestimmung wäre erst ab einem Anteil von mehr als 25 Prozent möglich“, so Gebhardt, der diese Aussage auch auf den von „NetJets“ angestrebten Ausbau der Start- und Landebahn bezieht. Maßgeblich hierfür sei allein der Ausgang eines Planfeststellungsverfahrens, das vom Regierungspräsidium Darmstadt

entschieden werde. „Der mit dem Bürgerentscheid verfolgte Zweck, mit der Verhinderung des Verkaufs einen eventuellen Ausbau abzuwenden, läuft also praktisch ins Leere“, stellt Langens Bürgermeister fest. Seinen Angaben zufolge habe

„NetJets“, das sich bislang „als absolut vertragstreuer Geschäftspartner erwiesen“ habe, zugesichert, keine Initiative entwickeln zu wollen, um die sogenannte Nordplatzrunde näher an Langens südliche Stadtteile zu verlegen. Und da die strahlgetriebenen Jets, mit denen das Unternehmen operiere, laut Gebhardt „grundsätzlich von Osten nach Egelsbach ein- und nach Osten ausfliegen, um den notwendigen Abstand zum Flughafen Frankfurt zu wahren“, geht er davon aus, dass die Langener Bevölkerung auch künftig mit keiner höheren Lärmbelastung rechnen müsse.

Ganz ähnlich wie sein Langener Amtskollege argumentiert Egelsbachs Bürgermeister. „Die HFG hat viele Jahre lang nicht einen einzigen Cent verdient, sondern im Gegenteil Verluste ausgewiesen“, stellt für Rudi Moritz der Verkauf der Anteile „die beste aller Möglichkeiten“ dar. Zumal man aus den von Gebhardt genannten Gründen die künftige Geschäftspolitik der HFG nicht mehr beeinflussen könne. Außerdem seien die Info-Rechte der

Kommune durch Verträge mit „NetJets“ gesichert, da es einen Beirat gebe, in dem die Vertreter von Egelsbach und Langen alles Wissenswerte erführen.

Vor diesem Hintergrund ruft Moritz die Wähler in der 10.000-Einwohner-Gemeinde dazu auf, dem Bürgerbegehren eine Absage zu erteilen, den Weg zum Verkauf der Egelsbacher Geschäftsanteile freizumachen und damit zu gewährleisten, dass Egelsbach 413.000 Euro Erlös einstreichen könne.

Auf vehementen Widerspruch stoßen die Darstellungen der beiden Bürgermeister hingegen bei Harald Eßer. So fragt sich der Frontmann der Egelsbacher Grünen mit Blick auf das nicht mehr vorhandenen Mitspracherecht der Kommunen, ob Frieder Gebhardt „nun an teilweiser Amnesie leidet oder die Bürger für dumm verkaufen will“. Denn schließlich seien die Anteile der Stadtwerke an der HFG doch „auf Betreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden Gebhardt und seines Stellvertreters Moritz an „NetJets“ verkauft worden. „Andernfalls würden Egelsbach und Langen noch über eine Sperrminorität von 27,34 Prozent verfügen“, wirft Eßer den Rathaus-Bossen vor, „dicke Krokodilstränen“ zu vergießen.

Den Beirat, von dem sich Moritz (wie auch Gebhardt) die nötigen Infos verspricht, charakterisiert

der Grüne als „zahnlos und von ‚NetJets‘ Gnaden abhängig“. Zudem gebe es eine Geheimhaltungspflicht, die verhindere, dass relevante Sachverhalte an die Öffentlichkeit gelangen, so Eßer, der sich sicher ist, dass der Investor viele Infos über Planungen und Ausrichtung des Unternehmens „nie und nimmer herausrücken wird“. Schließlich würden die Kommunen im Falle des Verkaufs ihrer Anteile laut Eßer einer „Unterstützungspflicht“ gegenüber der HFG unterliegen: „Dies bedeutet, dass man Genehmigungen und Planungen nicht widersprechen darf, sondern diese sogar noch unterstützen muss.“

Wie die Grünen wenden sich auch die Egelsbacher „Naturfreunde“ entschieden gegen den Verkauf der Flugplatz-Anteile. Dies würde nämlich eine Verlängerung der Piste, Waldabholzung „und sonstige Grausamkeiten“ zur Folge haben. „Wir sind der Meinung, dass es in unserer Verkehrsregion schon stark belastet ist, ‚Bis hierher und nicht weiter‘ geben muss“, heißt es in einer Pressemitteilung, in der zudem daran erinnert wird, dass die Attraktivität des Naturfreundehauses sowie dessen ideeller Wert für die Allgemeinheit „mehr und mehr durch den nahen Flugplatz sowie Lärm und Abgase verloren geht“.

Und auch der örtliche Bund für Umwelt und Naturschutz wirbt für eine Verhinderung des Anteile-Verkaufs: „Es ist nicht nachvollziehbar, warum beide Kommunen ihren Einfluss auf das Geschehen am Flugplatz aufgeben wollen.“ Ein „Ja“ beim Bürgerentscheid bedeute „den Erhalt des kommunalen Einflusses, eine Stärkung von Bürgerrechten und die Ermöglichung einer offenen Info-Politik“.